

Mensch & Politik

Dr. Silke Launert



LESEN SIE AKTUELLES AUS BERLIN UND DER REGION BAYREUTH/FORCHHEIM

Ausgabe KW 22/24

GirlsDay 2024 im Deutschen Bundestag

Berlin. „Berlin, Berlin, wir fahren nach Berlin!“ Auch in diesem Jahr stand wieder der Girl's Day 2024 im Deutschen Bundestag an. Auf Einladung der Bayreuther Bundestagsabgeordneten Dr. Silke Launert bekamen sechs Mädchen aus Bayreuth und Umgebung die Möglichkeit, einen Tag lang ganz exklusiv hinter die Kulissen des deutschen Parlamentes zu blicken. Der Girl's Day findet einmal im Jahr statt und ist ein Mädchenzukunftsorientierungstag, an welchem junge Frauen in unterschiedliche Berufe reinschnuppern können. Er bietet eine gute Gelegenheit, um sich bereits Gedanken über die berufliche Zukunft zu machen. Daher freute sich Frau Dr. Launert sehr, die Mädchen in Berlin begrüßen zu dürfen. Bereits um fünf Uhr startete der Bus mit den motivierten Teilnehmerinnen, einer Mitarbeiterin von Frau Launert und dem Busfahrer Bernd Glas in Bayreuth. Es war eine stimmungreiche Fahrt in die Hauptstadt. Dort angekommen empfing die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert sie in ihrem Büro. Bei einem langen Gespräch hatten die Mädchen die Möglichkeit, individuelle und persönliche Fragen zu stellen und Details über den Arbeitsalltag einer Abgeordneten zu erfahren.



Anschließend folgte ein Mittagessen mit der Gruppe der Frauen, bei welchem verschiedene weibliche Abgeordnete der CDU/CSU Fraktion ihren politischen Werdegang vorstellten. Sie motivierten die anwesenden Mädchen sich mehr in männerdominierten Berufen einzubringen. Denn Frauen können mit ihren Talenten und Fähigkeiten noch so viel mehr erreichen. Dafür müssten sie jedoch den ersten Schritt machen und sich trauen, neue Dinge auszuprobieren. Mit diesen Worten im Hinterkopf gab es eine Führung durch die verschiedenen Gebäude des Bundestages. Gemeinsam sahen sich die Teilnehmerinnen das Jakob-Kaiser-Haus, das Paul-Löbe-Haus, das Marie-Elisabeth-Lüders Haus und natürlich das Reichstagsgebäude an. Dabei durfte ein Besuch auf der Fraktionsebene und der schöne Ausblick von der Kuppel aus nicht fehlen. Zum Glück schaffte es an diesem Tag die Sonne durch die dicken Wolken und die Berliner Skyline, inklusive Fernsehturm und Berliner Dom war gut erkennbar. Der Tag wurde abgerundet mit einem gemeinsamen Abendessen in einem italienischen Restaurant am Brandenburger Tor. „Schön, dass ihr da wart“, verabschiedete Frau Launert sich von den Mädchen und hofft, dass nun erst recht ihr Interesse für die Politik geweckt wurde. So neigte sich ein aufregender Tag zu Ende, bei dem die Mädchen viel über die demokratische Institution lernen durften.

BERICHT AUS BERLIN

Debatte zur Schuldenbremse – Dr. Silke Launert: „Aufhebung der Schuldenbremse wäre das Gegenteil einer generationengerechten Politik!“

Berlin. Die Schuldenbremse wird im Deutschen Bundestag immer mehr zum Reizthema. Ende März diskutierten die Abgeordneten sodann auch in einer hitzigen Debatte über die Frage, ob die Schuldenbremse aufgeweicht oder nicht gänzlich abgeschafft werden solle. Die Haushaltspolitikerin und Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert machte in ihrer Rede ihren Standpunkt mehr als deutlich: „Die Aufhebung der Schuldenbremse wäre das Gegenteil einer generationengerechten Finanzpolitik!“, so die klaren Worte der CSU-Politikerin. Es sei verfehlt, in diesem Zusammenhang immer wieder von „Zukunftsinvestitionen“ zu sprechen, tatsächlich müsse es „Zukunftsschulden“ heißen. Im Zivilrecht gäbe es die sinnvolle und nachvollziehbare Regelung, dass man als Erbe die Erbschaft ausschlagen könne, wenn der Erblasser über seine Verhältnisse gelebt habe und dem Erben einen Schuldenberg hinterlassen hätte. Bei den Staatsschulden sehe das jedoch anders aus. „Ausschlagungsmöglichkeit? Fehlanzeige! Das heißt: Die nachfolgende Generation erbt die Schulden, die wir heute machen!“ Auch dem Argument, dass man mit einer entsprechenden Abschaffung der Schuldenbremse endlich eine gute Bildung gewährleisten könne, tritt die Abgeordnete entschieden entgegen: „Das macht mich wirklich wütend. Denn warum verlangen wir denn Steuern von den Menschen? Es gehört zu den Kernaufgaben des Staates, dass er sich um eine gute Schulbildung der Kinder kümmert!“

Launert betonte in diesem Zusammenhang außerdem, dass die Situation durch die Zinslast noch weiter verschärft werde und verwies darauf, dass 2020/2021 die Zinslast bei 4 Milliarden Euro, im Jahr 2023 schon bei fast 40 Milliarden Euro gelegen habe. „Hätten wir keine Schulden, könnten wir 40 Milliarden Euro mehr in diesem Haushalt verteilen!“, konstatierte Launert. Es könne überdies nicht sein, dass die Ampel-Koalition trotz Rekorderneuerungen immer mehr Schulden mache, immer mehr verteile und sich nicht frage, wo sie die Prioritäten setzen wolle.

Die CSU-Politikerin hob ferner hervor, dass es bereits jetzt Möglichkeiten gebe, um auf außergewöhnliche Notsituationen zu reagieren. Launert verwies damit auf die im Grundgesetz bereits vorhandene Möglichkeit, die Schuldenbremse im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, auszusetzen. Zum Abschluss ihrer Rede appellierte die Abgeordnete an diejenigen, die eine Aufhebung beziehungsweise Aufweichung der Schuldenbremse befürworten: „Denken Sie an diejenigen, die die Folgen Ihrer Entscheidungen tragen müssen! Denken Sie an die Erben Ihrer Politik!“



BPA-Besuchergruppe in Berlin

Berlin. Mitte Mai besuchte eine 50-köpfige Besuchergruppe aus Bayreuth, Speichersdorf und Umgebung ihre Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert im Deutschen Bundestag. Bei einem einstündigen Gespräch konnten sie ihre Fragen bezüglich ihrer politischen Laufbahn und dem Alltag in Berlin stellen. Es wurde jedoch auch über politische Themen diskutiert. Insbesondere die Bürgergeldleistungen und die Migrationspolitik wurde von den Bürgern angesprochen und intensiv diskutiert. „Schön, dass ihr da wart“, freute sich Silke Launert.



BERICHT AUS BERLIN

Deutschland in der Wohnungsbaukrise – Union fordert Maßnahmenpaket

Berlin. Die Lage auf dem deutschen Wohnungsmarkt ist dramatisch. Die Zahl der Neubauten sinkt, Baukosten steigen, die Baugenehmigungszahlen brechen flächendeckend ein, die Auftragsbücher der Unternehmen laufen leer und Projekte werden reihenweise storniert. Die Anzahl der auf dem Markt nicht vorhandenen, aber dringend benötigten Wohnungen ist ebenfalls katastrophal: Laut aktuellen Schätzungen fehlen in Deutschland rund 700.000 Wohnungen. „Die Bundesregierung hat ihre Versprechen nicht eingehalten“, so die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und verweist dabei unter anderem auf die Zusage des Kanzlers, 400.000 neue Wohnungen pro Jahr zu bauen. Tatsächlich entstanden sind aber lediglich 295.300 im Jahr 2022 und 265.100 im Jahr 2023. Angekündigt hatte die Bundesregierung zudem, Planungen und Genehmigungen deutlich zu beschleunigen. Doch auch hieraus wurde nichts: Statt Beschleunigung ist sogar ein massiver Rückgang zu verzeichnen: 43,3 Prozent weniger Baugenehmigungen bei Wohnungen im Januar (Vergleich Jan. 2022). Massive Probleme gibt es zudem bei der wichtigsten Neubauförderung der Bundesregierung, dem Programm für zinsgünstige Kredite. So mussten die Fördermittel aus dem Programm „Klimafreundlicher Neubau“ 2023 doppelt nachgebessert werden. Dennoch ist auch für 2024 wieder viel zu wenig Geld in dem Fördertopf. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat vor dem Hintergrund dieser miserablen Lage einen Antrag in den deutschen Bundestag eingebracht, in welchem sie gleich ein ganzes Bündel an Maßnahmen vorschlägt. CDU und CSU fordern unter anderem

- eine Sonderabschreibung für den sozialen Wohnungsbau einzuführen, wonach Unternehmen Mietbegrenzungen garantieren und so bezahlbaren Wohnraum anbieten,
- den Ländern rechtssicher die Möglichkeit zu eröffnen, bei der Grunderwerbsteuer einen Freibetrag von 250.000 Euro pro Erwachsenen und 150.000 Euro pro Kind für den Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum einzuführen,
- das bestehende KfW-Kreditprogramm KFN aufzustocken,
- den erstmaligen Erwerb selbstgenutzter Immobilien insbesondere für Familien mit geringen und mittleren Einkommen zu fördern – hierzu sollen staatlich abgesicherte Mietkaufmodelle entwickelt werden, die Kriterien wie die Anzahl der Kinder, Einkommensverhältnisse sowie Gestaltungsmerkmale wie flexible Grundrisse und Quadratmeterverbrauch pro Kopf berücksichtigen,
- die kürzlich vom Deutschen Bundestag beschlossene Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes (Heizungsgesetz) zurückzunehmen, jedenfalls aber schnellstmöglich ein verbindliches Förderkonzept vorzulegen, das die rechtlichen Verpflichtungen nach dem Gebäudeenergiegesetz sozial flankiert und wirtschaftliche Überforderungen vermeidet,
- Bauleit- und Baugenehmigungsverfahren weiter zu vereinfachen und zu digitalisieren,
- bis Ende 2027 keine neuen Vorschriften zu erlassen, die das Bauen unnötig verteuern oder verlangsamen.

Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert sieht diese Problematik und steht daher im engen Austausch mit sozialen Wohnungsbaugenossenschaften und privaten Projektträgern. Erst im Februar traf sie sich mit Jörg Brendel der Immobiliengruppe Winkler&Brendel um über die Wohnungsnot in Bayreuth zu sprechen. Zudem fordert Dr. Silke Launert bessere Abschreibungsmöglichkeiten bei privaten Investoren für die Schaffung von normalem wie auch sozialem Wohnraum: „Bei den aktuellen Baukosten müsste ein privater Vermieter Mieten verlangen, die kaum zu bezahlen sind. Genau deshalb müssen die steuerlichen Anreize Wohnraum zu schaffen, nochmal erweitert werden! Nur so entsteht ein Hebel, der schneller Wohnraum schafft. Über die Steuern, welcher der Staat durch diese Investitionen dann zurückerhält, bekommt er einen Großteil der Steuermindereinnahmen wieder ersetzt! Zu glauben, der Staat könne all die benötigten Wohnungen selbst auf seine Kosten planen und finanzieren, überschätzt völlig die staatliche finanzielle Leistungsfähigkeit. Deshalb braucht man den Hebel über die Motivation von Privatinvestoren.“

Hinweis: Der vollständige Antrag der Unionsfraktion ist abrufbar unter:
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/085/2008523.pdf>

BERICHT AUS BERLIN

Polizeiliche Kriminalstatistik vorgestellt: 5,5 Prozent mehr Straftaten in Deutschland / Silke Launert fordert Ampel zum Kurswechsel in der Innenpolitik auf

Berlin. Die jüngst veröffentlichte Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2023 hat es in sich: 5,5 Prozent mehr registrierte Straftaten als 2022. Insgesamt wurden den Polizeibehörden im vergangenen Jahr rund 6 Millionen Fälle bekannt. Besonders auffällig ist die Zunahme der registrierten Straftaten im Bereich der Gewaltdelikte, der Anstieg der Anzahl tatverdächtiger Kinder und Jugendlicher sowie die Zunahme nicht-deutscher Tatverdächtiger. Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Innenpolitikerin Silke Launert zeigt sich besorgt:

„5,5 Prozent mehr Straftaten in Deutschland im Jahr 2023 – diese Zahl ist äußerst erschreckend. Besonders alarmierend ist auch der vergleichsweise hohe Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger. Die neueste Kriminalstatistik zeigt einmal mehr, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Die Ampel-Regierung, allen voran Bundesinnenministerin Nancy Faeser, muss endlich bereit dazu sein, unbequeme Wahrheiten auszusprechen!“ Dies sei, so Launert weiter, auch elementar für den Erhalt der Toleranz gegenüber all den gut integrierten Migrantinnen und Migranten, auf die Deutschland in vielen Berufszweigen dringend angewiesen sei.

Die CSU-Politikerin betont, dass ein grundlegender Kurswechsel der Ampel, gerade auch im Bereich Migration und Asyl, längst überfällig sei, um die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen. Dazu gehöre unter anderem, Straftäter und Gefährder konsequent in ihre Heimatländer zurückzuführen. Zudem müssten illegal Einreisende auch bei einem Asylgesuch bereits an den Grenzen abgewiesen werden können, insbesondere wenn ihre Identität nicht zweifelsfrei festgestellt werden könne. „Gleichzeitig müssen die Befugnisse der Bundespolizei bei Rückführungen ausgeweitet und die Überwachung der EU-Außengrenzen verbessert werden. Hierfür ist es erforderlich, die europäische Grenzschutzagentur Frontex zu einer echten Grenzpolizei und Küstenwache mit hoheitlichen Befugnissen auszugestalten.“ Bis der Schutz der EU-Außengrenze funktioniere, müssten die Binnengrenzkontrollen an den Landesgrenzen zu Österreich, zur Schweiz, zur Tschechischen Republik und zu Polen aufrechterhalten werden, unterstreicht Launert und appelliert: „Die Zahlen der aktuellen PKS fordern unmissverständlich zum Handeln auf. Die Reaktion der Politik muss jetzt schnellstmöglich, entschlossen und vor allem ohne ideologisch getönte Brille folgen!“

Hintergrundinformationen zur Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS):

Die PKS bildet lediglich das sogenannte Hellfeld ab, also die der Polizei bekannt gewordenen Straftaten. Das Dunkelfeld (die den Polizeibehörden nicht bekannten Straftaten) wird naturgemäß nicht erfasst. Die Größe des Hellfeldes unterscheidet sich von Delikt zu Delikt und hängt unter anderem vom Anzeigeverhalten ab.

Zentrale Zahlen aus der PKS 2023 im Überblick

- Zahl der registrierten Straftaten: **5.940.667 (+ 5,5 %)**
- Tatverdächtige insgesamt: 2.246.767 (+ 7,3 %)
- Tatverdächtige Kinder (bis unter 14 Jahre): 104.233 (+ 12,0 %)
- Tatverdächtige Jugendliche (14-18 Jahre): 207.149 (+ 9,5 %)
- Nichtdeutsche Tatverdächtige: 923.269 (+ 17,8 %)
- Gewaltkriminalität insgesamt: 214.099 (+ 8,6 %)
- Gesamtaufklärungsquote: 58,4 %

Weiterführende Informationen finden Sie auf der Seite des Bundeskriminalamtes unter

https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2023/Polizeiliche_Kriminalstatistik_2023/Polizeiliche_Kriminalstatistik_2023.html



BERICHT AUS BERLIN

Selbstbestimmungsgesetz beschlossen – Dr. Silke Launert: „Gut gemeint, aber die Ampel schießt mal wieder übers Ziel hinaus!“

Berlin. Der Deutsche Bundestag hat Mitte April das Selbstbestimmungsgesetz der Ampel-Koalition verabschiedet. Nach der Neuregelung können Geschlechtseinträge und Vornamen von volljährigen Personen künftig allein durch Abgabe einer einfachen Erklärung gegenüber dem Standesamt geändert werden. Die einzige Voraussetzung ist, dass die Änderung drei Monate vorher beim zuständigen Standesamt angemeldet werden muss.

Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Juristin Dr. Silke Launert findet zu den beschlossenen Änderungen deutliche Worte: „Das Gesetz ist zwar gut gemeint, aber wieder einmal schießt die Ampel übers Ziel hinaus.“ Die CSU-Politikerin hebt hervor, dass es ein nachvollziehbares und richtiges Ansinnen sei, der Diskriminierung von transgeschlechtlichen Menschen entgegenzuwirken und das Verfahren für diese Personengruppe zu vereinfachen. Das Ampel-Gesetz aber öffne Missbrauch Tür und Tor und gebe den Geschlechtseintrag der Beliebigkeit preis. Nun könne jede und jeder ohne nennenswerte Voraussetzungen seinen Vornamen und den Geschlechtseintrag einfach abändern, begründet Launert ihre Kritik. Allein die Abgabe einer Erklärung dürfe aber nicht ausreichen. „Denn die Änderung des Geschlechtseintrages hat weitreichende rechtliche, faktische und auch sicherheitspolitische Konsequenzen.“

Darüber hinaus kritisiert die Abgeordnete, dass die Ampel den Kinder- und Jugendschutz außer Acht lasse. Gerade bei Kindern und Jugendlichen, die sich noch mitten in der Persönlichkeitsentwicklung befinden, sollte weiterhin im Rahmen eines Gerichtsverfahrens über einen Namens- und Geschlechtswechsel entschieden werden, um sie vor übereilten Entscheidungen ausreichend zu schützen. „Auch die sogenannte, noch schnell im parlamentarischen Verfahren in das Gesetz eingearbeitete, „Beratungspflicht“ für Kinder und Jugendliche ist kein echter Schutz, da die betroffenen Minderjährigen lediglich eine Selbstauskunft darüber, ob die Beratung stattgefunden hat, abgeben müssen. Eine Selbstauskunft ist aber bei Weitem nicht aussagekräftig genug. Eine ärztliche Untersuchung und Stellungnahme in dem Fall, dass bereits Kinder und Jugendliche ihr offizielles Geschlecht ändern wollen, halte ich für unverzichtbar und für Betroffene zumutbar!“

Zudem, so Launert weiter, schaffe die Ampel ein erhebliches Missbrauchs- und Sicherheitsrisiko, indem sie im parlamentarischen Verfahren die Regelung zur automatisierten Datenweitergabe an die Sicherheitsbehörden im Falle einer Änderung des Vornamens und des Geschlechtseintrages ersatzlos gestrichen habe. Betroffen hiervon sind unter anderem für die Sicherheit Deutschlands wichtige Behörden wie das Bundeskriminalamt, die Bundespolizei, die Landeskriminalämter, das Bundesamt für Verfassungsschutz sowie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.



BERICHT AUS BERLIN

Kein Platz für Antisemitismus: CDU und CSU fordern entschiedene Maßnahmen

Berlin. Nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel im Oktober 2023 hat der Antisemitismus in Deutschland besorgniserregende Ausmaße angenommen. In verschiedenen Bereichen, wie auf öffentlichen Straßen, in Bildungseinrichtungen und Kulturzentren erleben jüdische Bürger vermehrt Anfeindungen und Angriffe. Der Deutsche Bundestag hat in einer einstimmigen Resolution am 12. Oktober 2023 deutlich Position bezogen und sich klar an die Seite der jüdischen Gemeinschaft und Israels gestellt.

Trotz dieser Initiative zeigten die Parteien der Ampel-Koalition keine Bereitschaft, effektive Maßnahmen mit der Union als größte Oppositionsfraktion zu diskutieren. „Bedauerlicherweise waren die Parteien der Ampel-Koalition – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die FDP – nicht bereit, mit uns ernsthaft über wirksame Maßnahmen zu sprechen. Nach mehreren Wochen des Hinhaltens, Verzögerns und Taktierens sowie einiger untauglicher – weil inhaltlich unzureichender – Vorschläge seitens der Ampel-Koalition haben wir uns nun entschlossen, unsere Gesetzentwürfe und Initiativen in eigener Verantwortung erneut im Plenum zur Debatte zu stellen“, heißt es vonseiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen gehören unter anderem die Verschärfung strafrechtlicher Sanktionen gegen antisemitische Äußerungen, die Kriminalisierung von Sympathiebekundungen für Terrororganisationen und die Anpassung des Staatsangehörigkeitsrechts, um die Einbürgerung von Antisemiten und Hamas-Unterstützern zu verhindern.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Bekämpfung von Antisemitismus im Bildungs- und Forschungsbereich. Die Bundesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um antisemitische Gewalttaten an Schulen und Universitäten zu bekämpfen und Bildungsprogramme zu fördern, die dem Kampf gegen Antisemitismus gewidmet sind. Insbesondere müssen aus Sicht der Union die Hochschulgesetze angepasst werden, damit die Möglichkeit der Exmatrikulation insbesondere bei antisemitischen Gewalttaten besteht.

Bezahlkarte für Asylbewerber nach monatelanger Blockade der Grünen beschlossen – Union: Es mangelt an Verbindlichkeit!

Berlin. Nach monatelanger Verzögerung wurde sie Mitte April nun doch beschlossen: die „Bezahlkarte für Asylbewerber“. Trotz Zusage des Kanzlers auf der Ministerpräsidentenkonferenz Anfang November lag viele Monate lang kein entsprechender Gesetzentwurf der Regierungskoalition vor. Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hatte über mehrere Monate hinweg der eigenen Bundesregierung die Zustimmung verweigert.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion war diese Untätigkeit nicht hinnehmbar. Um Druck auf die Regierung auszuüben, hatte die Fraktion einen eigenen Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht, mit welchem sie eine rechtssichere Grundlage für die Einführung von Bezahlkarten schaffen wollte. Dieser Druck zeigte Wirkung: Die Ampel-Koalition konnte sich letzten Endes doch noch auf eine Regelung einigen. Doch aus Sicht der Union geht das Gesetz der Ampel nicht weit genug: Die Änderungen zum Asylbewerberleistungsgesetz enthalten nach Meinung der größten Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag zu viele Kann- und Sollvorschriften. Diese vage Formulierung könnte dazu führen, dass Behörden aufgrund von Überlastung die Bezahlkarte nicht einführen. CDU und CSU fordern stattdessen einen verbindlichen Rechtsrahmen, um die rechtssichere Einführung der Bezahlkarte zu gewährleisten. Insgesamt fehle die von der Union angestrebte Verbindlichkeit, wodurch das Gesetz in seiner jetzigen Form nicht zielführend sei.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Sicherheit und die praktische Umsetzung der Bezahlkarte. Die Fraktion bemängelt, dass es an klaren Vorgaben fehlt. Es werde von „Bezahlkarten“ gesprochen, möglicherweise würden diese neben Gutscheinen eingesetzt. Auch die Rahmenbedingungen und Beschränkungen hinsichtlich der monatlichen Bargeldabhebungen seien nicht klar definiert. Die Union hatte in ihrem Antrag eine Begrenzung der Bargeldauszahlung auf 50 Euro im Monat gefordert.

BERICHT AUS BERLIN

Das neue Renten-Paket der Ampel – Union: Neue Schulden, aber keine Lösung!

Berlin. Mit über einem Jahr Verspätung hat die Ampel endlich ihr lang angekündigtes Rentenpaket vorgestellt. Statt eines soliden Konzepts zur Sicherung der Renten sieht die Union in dem Paket allerdings eine Mogelpackung aus neuen Schulden und versteckten Risiken vor. Hubertus Heil und Christian Lindner würden ein Renten-Roulette präsentieren, das sowohl Rentner als auch Beitragszahler teuer zu stehen kommen werde, kritisiert die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag.

Was die Ampel plant:

Die Ampel beabsichtigt die Einführung des sogenannten „Generationenkapitals“ als zusätzliche Finanzierungssäule für die gesetzliche Rentenversicherung. Dieses soll durch Investitionen am Kapitalmarkt finanziert werden, mit der Hoffnung, Dividenden und Gewinne zur Unterstützung des Rentensystems zu generieren. Darüber hinaus soll das Rentenniveau bis 2039 auf 48 Prozent festgeschrieben werden.

Warum die Ampel-Pläne aus Sicht der Union fragwürdig sind:

Die Ampel finanziert die Rente über neue Schulden anstatt Prioritäten zu setzen und vorhandene Mittel zu nutzen. SPD, Grüne und FDP folgen damit wieder einmal ihrem Leitprinzip: Ganz gleich, welches Problem auftaucht, es kann mit Schulden gelöst werden. Das vorgestellte „Generationenkapital“ ist nämlich lediglich ein schuldenfinanzierter Zuschuss zur Rentenversicherung. Im Gegensatz zu der von der Union vorgeschlagenen Generationenrente erwirbt der Beitragszahler dabei keine individuellen Ansprüche für seine Altersvorsorge.

Zudem basieren die Pläne auf dem Prinzip Hoffnung: Vor dem Hintergrund, dass die Ampel das sogenannte „Generationenkapital“ aus neuen Schulden finanziert, muss sie hierfür Zinsen zahlen. Zugleich fußt ihr Konzept aber auch darauf, dass sie mit den Dividenden aus der Kapitaleinlage einen Zuschuss zum Rentensystem leistet. Damit diese Rechnung aufgeht, müssten die Dividenden dauerhaft die Zinsen für die gemachten Schulden deutlich übersteigen. „Selbst wenn sich die Aktien deutlich besser als die Zinslasten für das kreditfinanzierte Generationenkapital entwickeln, wird diese auf Langfristigkeit angelegte Maßnahme die in den nächsten Jahren anstehende Herausforderung durch die Verrentung der Babyboomer nicht lösen! Leider hat die Ampel durch die 2021 und Anfang 2024 beschlossene Nichteinzahlung von insgesamt 6,8 Milliarden in die Nachhaltigkeitsrücklage der Rentenversicherung dieses Problem sogar drastisch verschärft“, so Dr. Silke Launert.

Überdies verschiebt die Reform der Ampel-Regierung Probleme in die Zukunft, ohne bestehende Fragen zu lösen. Ihr Modell entfaltet, wenn überhaupt, erst ab dem Jahr 2036 Wirkung. Dies bedeutet zusätzliche Belastungen für Beitragszahler. Insbesondere die junge Generation wird einseitig belastet, da das Rentenbeitragsniveau bis 2040 voraussichtlich von 21,3 Prozent auf 22,6 Prozent steigen wird. Zudem habe die Ampel mehrfach Gelder für den Zuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung, der eigens zur Abfederung des demografischen Wandels im Jahr 2002 eingerichtet wurde, gestrichen. Vier Jahre hintereinander, von 2024 bis 2027, würden SPD, Grüne und FDP pro Jahr 1,2 Milliarden Euro an dieser Stelle einsparen, so die CSU-Politikerin.

Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Haushaltspolitikerin Dr. Silke Launert erklärt hierzu:

„Das Rentenpaket der Ampel-Regierung ist riskant und sozial ungerecht ist. Statt nachhaltige Lösungen zu bieten, setzt die Regierung auf kurzfristige Maßnahmen, die langfristig finanzielle Instabilität und Ungerechtigkeiten mit sich bringen. SPD, Grüne und FDP folgen damit wieder einmal dem Prinzip: Schulden, Schulden und noch mehr Schulden – ganz gleich, was das für künftige Generationen bedeutet. Groß wurde es angekündigt, das neue Rentenpaket der Ampel. Die Bürgerinnen und Bürger hingegen wurden seit dem Sommer 2022 immer wieder aufs Neue getröstet. Jetzt aber will die Ampel die Lösung für das Problem des demografischen Wandels und die Stabilisierung des Rentenniveaus endlich gefunden haben. Ein schuldenfinanziertes Aktienpapier soll nun also angeblich die Babyboomer retten. Klingt zwar auf den ersten Blick gut, verschleiert aber den Umstand, dass SPD, Grüne und FDP die Lage selbst durch ihre eigenen Entscheidungen verschärft haben“

BERICHT AUS BERLIN

Union: Führerschein muss bezahlbar bleiben!

Berlin. Der Traum vom Führerschein wird für viele junge Menschen in Deutschland zunehmend zum finanziellen Alptraum. Mit Preisen von mehr als 3.500 Euro ist die Fahrausbildung so teuer wie nie zuvor. Besonders auf dem Land, wo der Führerschein oft essentiell für die tägliche Mobilität ist, wird die Preisexplosion zum Problem. Der Führerschein bedeutet damit nicht nur die Freiheit, mit 18 Jahren alleine unterwegs zu sein, sondern ist auch im späteren Berufsleben oft unverzichtbar.

Um bezahlbaren Zugang zur Mobilität für junge Menschen zu gewährleisten, muss die Ampel-Koalition endlich handeln, fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und hat einen entsprechenden Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht. In diesem sprechen sich CDU und CSU unter anderem für mehr Fahrlehrer und mehr Prüfungstermine aus. Besonders im Fokus steht ferner die Nutzung von Fahrsimulatoren. Diese sollen Fahranfängern mehr Sicherheit vermitteln und somit die Anzahl der benötigten Fahrstunden reduzieren. Dies wiederum soll zu einer Ersparnis bei den Ausbildungskosten führen.



Der vollständige Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist abrufbar unter:

[Deutscher Bundestag Drucksache 20/10610 Antrag der Fraktion der CDU/CSU Damit Mobilität nicht zum Luxus wird – Für einen bezahlbaren Autoführerschein](#)

CDU/CSU: Generelles Fahrverbot bei Cannabiskonsum!

Berlin. Die CDU/CSU-Fraktion hat Ende März einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, in welchem sie sich gegen die Erhöhung des Cannabis-Grenzwertes im Straßenverkehr ausspricht und stattdessen für ein konsequentes Fahrverbot für Cannabiskonsumanten plädiert. Der Hintergrund des Antrags liegt in der jüngsten Verabschiedung des „Gesetzes zum kontrollierten Umgang mit Cannabis und zur Änderung weiterer Vorschriften“, welches eine teilweise Freigabe von Cannabis in Deutschland vorsieht. Darüber hinaus machte das Land Kanada in den vergangenen Wochen viele Schlagzeilen, nachdem seit der Legalisierung die Anzahl der Autounfälle gestiegen sei. Die CDU/CSU-Fraktion weist daher auf die erheblichen Gefahren hin, die vom Cannabiskonsum im Straßenverkehr ausgehen, wie bereits diverse Studien belegt haben. Massive Kritik übt die Fraktion an der Expertenarbeitsgruppe des Bundesverkehrsministeriums, die unabhängig von der zuständigen Grenzwertkommission die Erhöhung des aktuellen THC-Grenzwertes von 1,0 ng/ml auf 3,5 ng/ml Blutserum vorschlägt. Dieser Vorschlag wird von der CDU/CSU-Fraktion vehement abgelehnt, da er das individuelle Mobilitätsbedürfnis über den Allgemeinschutz der Verkehrsteilnehmer stellen würde. Die Fraktion argumentiert, dass gerade Gelegenheitskonsumenten oft nicht die Auswirkungen von Cannabis im Straßenverkehr einschätzen können, was zu einer erhöhten Unfallgefahr führt. Daher sei es wichtig, die „Vision Zero“, die Sicherheitsstrategie zur Vermeidung schwerer und tödlicher Unfälle im Straßenverkehr, konsequent zu verfolgen. An den bestehenden Sanktionierungen müsse festgehalten und es dürfe keine Lockerung der Überwachungspraxis vorgenommen werden. Bei aktiver Teilnahme am Verkehrsgeschehen unter Einfluss von Cannabis sollte die Entziehung der Fahrerlaubnis drohen.

BERICHT AUS BERLIN

Union: Kinderehen müssen in Deutschland weiterhin verboten bleiben!

Berlin. Es sind nur noch wenige Monate, die verbleiben, um das Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen anzupassen und so zu verhindern, dass Kinderehen in Deutschland wieder vorbehaltlos legalisiert werden. Zum Hintergrund: Mit dem im Jahr 2017 vom Bundestag beschlossenen Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen wurden sogenannte „Frühehen“, die im Ausland geschlossen wurden und bei denen mindestens eine Person unter 16 Jahre alt war, in Deutschland für unwirksam erklärt. Zwar bestätigte das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 1. Februar 2023 dem Grunde nach das Verbot solcher Ehen, betonte aber die Notwendigkeit, die Folgen unwirksamer Ehen zu regeln, insbesondere Unterhaltsansprüche für betroffene Minderjährige und die Möglichkeit, eine unwirksame Ehe mit Eintritt der Volljährigkeit, unter bestimmten Schutzmaßnahmen, zu bestätigen. Bringt der Gesetzgeber bis zum 30. Juni allerdings keine Neuregelung auf den Weg, so tritt die Regelung insgesamt außer Kraft. Mit anderen Worten: Die im Ausland geschlossene Ehen mit unter 16-Jährigen werden damit wirksam.

„Das Wohl der betroffenen Minderjährigen und ihre Entwicklungschancen dürfen der Bundesregierung nicht gleichgültig sein“, so die deutlichen Worte vonseiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, welche Ende März einen eigenen Antrag zu diesem Thema in den Bundestag eingebracht hat, in dem sie die Bundesregierung zu sofortigem Handeln auffordert: „Die Bundesregierung muss jetzt tätig werden und schnellstmöglich einen Gesetzentwurf vorlegen, um die Rechte und das Wohlergehen der betroffenen Minderjährigen zu schützen. Eine Nachbesserung des Gesetzes zur Bekämpfung von Kinderehen ist unabdingbar, um schwerwiegende Folgen für das Kindeswohl und die Rechtslage in Deutschland zu vermeiden.“ Darüber hinaus fordert die Union in ihrem Antrag die Bundesregierung dazu auf, in Zusammenarbeit mit den Ländern für ausreichende Beratungsmöglichkeiten vor der Bestätigung der Ehe bei Volljährigkeit zu sorgen, um die Betroffenen, insbesondere junge Frauen, über ihre Rechte aufzuklären und vor Zwangslagen zu schützen.

Zeitenwende auf See: CDU/CSU-Fraktion fordert Ausweitung der Befugnisse der Bundespolizei

Berlin. Vor dem Hintergrund der sich wandelnden geopolitischen Landschaft und der ständig wachsenden Bedrohung durch hybride Kriegsführung und Terrorismus, gerade auch in den Seegebieten, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ende Februar einen Antrag zur Stärkung der Seesicherheit in den Deutschen Bundestag eingebracht. In dem Antrag heben CDU und CSU die zunehmende Bedeutung der deutschen Seegebiete als wichtigen Wirtschaftsraum hervor, insbesondere mit dem Aufbau neuer Infrastrukturen wie Offshore-Windkraftanlagen und LNG-Terminals. Diese Anlagen und ihre zugehörigen Leitungen werden als kritische Infrastruktur betrachtet und sind daher besonders anfällig für Sabotageakte und Angriffe. Die Union verweist in diesem Zusammenhang auf die Sabotage der LNG-Gaspipeline "ETL 180" von Brunsbüttel nach Hetlingen, welche einen erheblichen Schaden zur Folge hatte. Angesichts dieser Bedrohungen und der fortschreitenden Entwicklung von Aufgaben im Bereich der Seesicherheit fordert die Unionsfraktion eine umfassende Überprüfung und Anpassung der Befugnisse der Bundespolizei sowie anderer Sicherheitsbehörden.

Der Antrag beinhaltet mehrere konkrete Maßnahmen, darunter die Vorlage eines Seesicherheitsgesetzes zur Bündelung und Ausgestaltung maritimer Kompetenzen des Bundes, die Ausweitung der Befugnisse der Bundespolizei in der Ausschließlichen Wirtschaftszone, die Erweiterung der Zuständigkeit der Bundespolizei und anderer Sicherheitsbehörden auf die Unterbindung der Beschädigung von Unterwasserinfrastruktur sowie die Schaffung einer gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage, nach welcher Betreiber von LNG-Terminals und Offshore-Windkraftanlagen zu Maßnahmen zur Gefahrenabwehr verpflichtet werden können und die Einbeziehung besonders bedeutender Anlagen in den Schutzauftrag der Bundespolizei.



BERICHT AUS BERLIN

Union will Bürgergeld wieder abschaffen

Berlin. Die Union hat in einem aktuellen Vorstoß angekündigt, im Falle einer Regierungsübernahme das Bürgergeld wieder abzuschaffen.

CDU und CSU streben eine Rückkehr zum **Prinzip "Fordern und Fördern"** an und planen, ein neues Grundsicherungsmodell zu etablieren. Dieses soll **strengere Sanktionen gegen Leistungsmisbrauch und Totalverweigerung** beinhalten.

Die Christdemokraten und Christsozialen verweisen in diesem Zusammenhang auf die aktuelle Arbeitsmarktsituation. Laut der jüngsten Stellenerhebung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sind derzeit 1,73 Millionen Stellen in Deutschland unbesetzt. Die Union kritisiert, dass der bestehende Sozialstaat durch **zu viele Fehlanreize** gekennzeichnet sei und betont die **Dringlichkeit der Integration jedes Einzelnen** in den Arbeitsmarkt.

Zusätzlich zu den Änderungen schlägt die Union im Sozialsystem eine Reihe weiterer Reformen vor:

- *Belastungsmoratorium und Steuerreform:* Gefordert wird ein echtes Belastungsmoratorium und eine Neuausrichtung des Steuersystems, um wirtschaftliche Dynamik zu fördern.
- *Schuldenbremse:* Ein klares Bekenntnis zur Schuldenbremse soll Haushaltsdisziplin sicherstellen und langfristige finanzielle Stabilität gewährleisten.
- *Tragfähigkeitsbericht für die Sozialversicherung:* Einführung eines Berichts zur langfristigen Tragfähigkeit der Sozialversicherungssysteme, um deren Nachhaltigkeit zu überprüfen.

Es wird zudem vor den langfristigen Folgen der aktuellen sozialen Sicherungssysteme für die Akzeptanz des Sozialstaates in der Bevölkerung gewarnt. Die Reform sei nicht nur eine Frage der Effizienz, sondern auch der gesellschaftlichen Zustimmung und Unterstützung.

Union fordert Wirtschaftswende

Berlin. Während die Weltwirtschaft wächst, sind die Aussichten für die deutsche Wirtschaft im Jahr 2024 düster. Bereits im Vorjahr schrumpfte die deutsche Volkswirtschaft um 0,3 Prozent, insbesondere das produzierende Gewerbe erlitt einen Rückgang von 1,5 Prozent. Eine alarmierende Entwicklung, die verstärkt dazu führt, dass Unternehmen Teile oder sogar die gesamte Produktion ins Ausland verlagern.

Vor diesem Hintergrund fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion von der Ampel-Koalition eine Wirtschaftswende. Hierzu hat sie ein Sofortprogramm präsentiert, in welchem sie herausstellt, dass Deutschland ein starkes Land mit viel ökonomischer Substanz, tatkräftigen Arbeitnehmern und innovativen Unternehmen sei. Zur Entfaltung dieser Stärke müsse die Bundesregierung die Rahmenbedingungen des Standorts Deutschland allerdings deutlich verbessern.

Insgesamt umfasst das von der Union vorgelegte Sofortprogramm 12 Punkte, darunter

- die steuerliche Begünstigung von Überstunden
- strengere Sanktionen für Arbeitsverweigerung bei Bürgergeldbeziehern
- die dauerhafte und für alle auf das europäische Minimum von 0,05 Cent pro Kilowattstunde Senkung der Stromsteuer
- die Halbierung der Netzentgelte
- die Wiedereinführung der Begrenzung der Sozialabgaben bei 40 Prozent des Bruttoarbeitslohns
- die Steuerfreistellung der ersten 2.000 Euro Arbeitseinkommen im Monat für Rentner
- die vollständige Rücknahme der geplanten Steuererhöhungen für Landwirte

Hinweis: Das gesamte Sofortprogramm der CDU/CSU-Bundestagsfraktion finden Sie unter <https://dserver.bundestag.de/btd/20/109/2010985.pdf>.

BERICHT AUS BERLIN

Note „ungenügend“: Energiepolitik der Ampel fällt beim Bundesrechnungshof durch – Silke Launert: Wirklichkeitsfremde Entscheidungen schaden Deutschland

Berlin. Es ist ein vernichtendes Zeugnis, das der Bundesrechnungshof der Energiepolitik der Ampel-Koalition ausstellt: Die sichere Stromversorgung in Deutschland ist gefährdet, es droht eine Kostenexplosion bei den Strompreisen und es liegt ein erheblicher Verzug beim Ausbau der erneuerbaren Energien sowie beim Netzausbau vor. Die Bundesregierung gehe nur von „Best-Case-Annahmen“ aus, diese seien aber „unwahrscheinlich und wirklichkeitsfremd“.

Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und CSU-Haushaltspolitikerin Dr. Silke Launert übt deutliche Kritik: „Die Energiepolitik der Ampel ist gescheitert. Das bestätigt nun auch ganz offiziell der Bundesrechnungshof. Es zeigt sich damit wieder einmal: Ideologiegetriebene und wirklichkeitsfremde Politik schadet unserem Land und geht auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger.“

Amtlich attestiert worden ist der Regierung durch den Bericht nicht nur ein erheblicher Verzug beim Ausbau der erneuerbaren Energien, sondern auch beim Netzausbau und das, obwohl der Strombedarf absehbar immer weiter ansteigt. Anstatt der Wirklichkeit ins Gesicht zu sehen, sei die Abschaltung der letzten drei Atomkraftwerke ideologisch motiviert durchgedrückt worden ohne zugleich ein tragfähiges Konzept für die Energieversorgung und einen soliden Plan gegen hohe Strompreise zu haben, so Launert weiter. „Jetzt tritt genau das ein, wovor wir gewarnt haben: Die Bürgerinnen und Bürger werden zur Kasse gebeten, die Unternehmen belastet und der Wirtschaftsstandort Deutschland massiv beschädigt. Was es endlich braucht, ist Realismus anstatt Wirklichkeitsfremdheit und Pragmatismus anstatt Ideologie!“

Christian-Sammet-Halle Pegnitz: Bund stellt 1,73 Millionen Euro für die Sanierung bereit

Berlin/Pegnitz. Die Freude ist groß: Bereits zum zweiten Mal stellt der Bund Fördermittel für die Sanierung der Christian-Sammet-Sporthalle zur Verfügung. Schon vor drei Jahren durfte sich Pegnitz über einen Zuschuss von 1,2 Millionen Euro freuen. Dieses Mal fließen 1,73 Millionen Euro aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ in die oberfränkische Stadt.

Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, die sich seit Jahren für die Sanierung der Halle einsetzt und 2021 dafür gesorgt hatte, dass Bundesfördermittel in das Projekt fließen, freut sich sehr darüber, dass der Bund einen weiteren Teil der Sanierungskosten übernimmt: „Die Christian-Sammet-Halle verbindet Sport, Jugend und Kultur unter einem Dach. Sie ist Begegnungspunkt für Menschen aus der Region sowie darüber hinaus und damit von großer Bedeutung für den Süden der Region.“

Nicht nur die Schüler werden von der Sanierung profitieren, sondern auch die Vereine und Besucher der Veranstaltungen. Durch die Sanierung können die Heiz- und Stromkosten erheblich gesenkt werden, was zu Einsparungen für den Schulverband und alle Nutzer der Halle führt.“

Zum Hintergrund: Das Bundesförderprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ ist Teil eines Zukunftsinvestitionsprogramms der Bundesregierung. Gefördert werden Projekte mit besonderer sozialer und integrativer Wirkung.



BERICHT AUS BERLIN

Union fordert neue Maßnahmen zur Terrorabwehr

Berlin. In einem aktuellen Antrag fordert die CDU/CSU-Fraktion die Bundesregierung auf, entschiedene Schritte zur Stärkung der Sicherheitsmaßnahmen im Kampf gegen den Terrorismus zu unternehmen. Der Antrag der größten Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag zielt darauf ab, den gesetzgeberischen Spielraum zur Speicherung von IP-Adressen sowie weiterer Verkehrs- und Standortdaten zur Terrorabwehr zu nutzen, wie er vom Europäischen Gerichtshof eingeräumt worden ist.

Die CDU/CSU-Fraktion verlangt, dass diese Daten sowohl zur Strafverfolgung als auch zur Gefahrenabwehr genutzt werden können. Zudem soll den Sicherheitsbehörden die rechtmäßige Nutzung von Gesichtserkennungssoftware ermöglicht werden, einschließlich des Abgleichs mit öffentlich zugänglichen Datenbanken. Entgegen einer möglichen Gesetzesänderung, die den Einsatz von verdeckten Ermittlern und Vertrauenspersonen erschweren würde, spricht sich die Union dafür aus, diesen Aspekt nicht zu verschärfen. Stattdessen soll die Beschaffung und Nutzung einer „verfahrenübergreifenden Recherche- und Analyseplattform (VeRA)“ für alle Länder und den Bund ermöglicht werden.

Weitere Forderungen des Antrags betreffen die bessere Bekämpfung von Terrorismus, die Stärkung der Bundespolizei und die Verhinderung des Missbrauchs des deutschen Finanzsystems sowie der Wirtschaft zur Finanzierung von Terrorismus und Extremismus. Darüber hinaus spricht sich die CDU/CSU-Fraktion gegen eine Überwachungsgesamtrechnung aus und befürwortet stattdessen eine Bedrohungsgesamtrechnung zur Ableitung des Fähigkeitenbedarfs und gesetzlicher Änderungen für die Bundesnachrichtendienste. Außerdem soll das „Missverhältnis von Kontrolle und tatsächlicher Auftragsbearbeitung bei den Nachrichtendiensten des Bundes“ aufgelöst werden. Erforderlich seien Verbesserungen bei der Bezahlung und den Arbeitsbedingungen sowie eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Nachrichtendiensten von Bund und Ländern.

Die CDU/CSU-Fraktion plädiert auch für vergleichbare Regeln für den Datenaustausch und die gemeinsame Nutzung von Daten und Informationen, die mittels „Computer Network Exploitation“ gewonnen werden. Die Eingriffsschwellen für Befugnisse der Nachrichtendienste zur Aufklärung und Verhinderung von Terrorismus sollten herabgesenkt werden, und es wird für den Einsatz von verdeckten Ermittlern geworben. Abschließend betonen CDU und CSU die Bedeutung der Forschung und Entwicklung eigener Software für nachrichtendienstliche Aufgaben in Deutschland und fordern entsprechende Maßnahmen von der Bundesregierung.

BERICHT AUS BERLIN

Unionsantrag zum Thema Politischer Islam: „Für Extremisten ist in Deutschland kein Platz!“

Berlin. Angesichts der wachsenden Bedrohung durch den politischen Islam hat sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einem entschiedenen politischen Vorstoß entschlossen. Mit ihrem Antrag „Den politischen Islam als Gefahr für unsere freiheitliche Demokratie jetzt wirksam bekämpfen“ will die Fraktion umfassende Maßnahmen zur Bekämpfung extremistischer Strömungen durchsetzen.

Zum Hintergrund: Ende April zogen über 1.000 Demonstranten unter dem Motto „Das Kalifat ist die Lösung“ durch Hamburg. Einige Wochen später versammelten sich erneut rund 2.000 Teilnehmer zu ähnlichen Kundgebungen. „Diese islamistischen Gruppierungen, die die Einführung der Scharia und die Errichtung eines islamischen Gottesstaates fordern, stellen eine ernste Bedrohung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung dar“, so CDU und CSU. Während solche Forderungen in Deutschland bislang nicht strafbar seien, hätten andere Länder wie Österreich bereits härtere Gesetze erlassen.

Scharfe Kritik übt die Union an der bisherigen Untätigkeit der SPD-geführten Landesregierung in Hamburg und der Bundesregierung. Zu der notwendigen und effektiven Kontrolle sowie Bekämpfung des politischen Islams durch die Sicherheitsbehörden gehört nach Ansicht der größten Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag insbesondere die Anpassung des Straf- und Staatsangehörigkeitsrechts. Zukünftig solle es strafbar sein, öffentlich die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und die Errichtung eines Gottesstaates zu fordern.

Besondere Maßnahmen sollen auch für Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit gelten: Wer extremistische Forderungen unterstützt, soll seine deutsche Staatsangehörigkeit verlieren. Zudem verlangen die Antragsteller die sofortige Schließung des „Islamischen Zentrums“ in Hamburg, das sie als Brutstätte des Extremismus betrachten.

Klare Kante zeigte auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Innenpolitikerin Dr. Silke Launert in ihrer Plenarrede:



„Der wehrhafte Staat, also wir, darf sich gegen Verfassungsfeinde wehren, und er muss es sogar, wenn er seinen Bestand erhalten will. Die wehrhafte Demokratie ist aber nur so wehrhaft wie die Menschen, die in ihr leben, und vor allem wie die politischen Vertreter, die Verantwortung dafür haben, dass das Verfassungsprinzip eingehalten wird (...). Wenn man allerdings die Aussagen der Bundesregierung dazu hört, dann muss man zwangsläufig zweifeln, ob sie diese Gefahren wirklich richtig einschätzt und diesem Auftrag nachkommt.“

Die CSU-Abgeordnete verwies in diesem Zusammenhang auf die nach dem Aufmarsch Ende April in Hamburg von Bundesjustizminister Marco Buschmann auf der Plattform X (ehemals Twitter) veröffentlichte Aussage: „Wem ein Kalifat lieber sein sollte als der Staat des Grundgesetzes, dem steht es frei auszuwandern.“ Launert zeigte sich fassungslos: „Das soll die Antwort unseres Rechtsstaats auf solche Forderungen sein? Das soll die Antwort unseres Landes gegenüber denjenigen sein, die das Existenzrecht Israels infrage stellen, dass es ihnen freisteht, zu gehen? Das ist Ihr Ernst? Das ist nicht nur ein Witz, das ist brandgefährlich.“ Es reiche zudem nicht, nur schön zu reden, so Launert zum Abschluss ihrer Rede. Die Ampel-Regierung stehe als Verantwortliche in der Pflicht, zu handeln und gegen jede Form des Extremismus vorzugehen.

BERICHT AUS BERLIN

Silke Launert: Ein Ende der EU und des Euro wäre ein Riesenfehler



Berlin. Ende April hat der Deutsche Bundestag über einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Euro-Währungsunion kritisch bewerten – Integrationsverantwortung wahrnehmen“ beraten. Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Haushaltspolitikerin Dr. Silke Launert kritisierte in ihrer Plenarrede den Antrag scharf: „Warum sagen Sie uns, den Bürgern, denn nicht einfach, was Sie mit diesem Antrag wirklich wollen? Warum sind Sie nicht ehrlich und verstecken sich hinter schönen Formulierungen und Zitaten aus Urteilen?“

Der Antrag der Fraktion stehe nicht im luftleeren Raum, so die Abgeordnete. Es gebe Auslegungshilfen, etwa das Europawahlprogramm der AfD, in welchem eine unmissverständliche Überschrift mit dem Titel „Wohlstand und sozialer Frieden in Europa durch Wiedereinführung nationaler Währungen“ auftauche. „Wiedereinführung nationaler Währung, das ist tatsächlich das, was Sie wollen. Das ist genau das, wofür Sie kämpfen“, so die Bayreuther Abgeordnete.

Launert verwies im Folgenden darauf, dass Deutschland wie kaum ein anderes Land vom Export abhängig sei und dass hierzulande jeder vierte Arbeitsplatz direkt oder indirekt an den Export geknüpft sei. „Glauben Sie im Ernst, dass uns all die anderen EU-Länder und der Rest der Welt aus Dankbarkeit unsere deutschen Produkte abkaufen, wenn wir aus der Europäischen Union und aus dem Euro austreten? Das tun sie nicht. Jeder, der ein bisschen Verstand hat – dafür muss ich kein Volkswirt sein, kann das auch mit gesundem Menschenverstand erkennen –, weiß, dass ein Austritt aus der EU in Wahrheit ein Austritt aus dem Euro bedeutet. Das wäre für unsere Wirtschaft ein Riesenfehler.“

Die CSU-Politikerin nannte ferner das Beispiel Brexit. Die Heilsversprechen seien noch gar nicht so lange her, mit denen man die Leute in Großbritannien geködert habe. „Wie hieß es damals: Endlich frei, endlich unabhängig, alles wird wirtschaftlich besser! Was ist davon übriggeblieben? Ich höre von vielen kleinen Mittelständlern aus England: Da hat man uns nicht wirklich die Wahrheit gesagt. Wir bereuen den Austritt.“

Richtig sei aber, räumt Launert ein, dass in der EU nicht alles rund laufe. Als Vorsitzende des Unterausschusses zu Fragen der Europäischen Union, bei dem es um die Gelder für die EU gehe, ärgere sie auch manches. Sie sei ebenfalls der Auffassung, dass manches Geld falsch beziehungsweise nicht effizient eingesetzt werde und dass manche Regeln sehr großzügig ausgelegt würden. Dennoch hält die Abgeordnete fest: „Aber wenn eine der zentralen Adern in einem Haus, zum Beispiel die Heizung, nicht funktioniert, dann reiße ich doch nicht das ganze Haus ab! Dann tausche ich die Heizung aus! Dann versuche ich, etwas zu verbessern und die Situation ehrlich und sachlich zu klären. Aber ich reiße nicht alles ab, was für Frieden und Wohlstand sorgt!“ Mit der Forderung nach Austritt kämpfe die AfD nicht für Deutschland, sondern sei stattdessen eine Gefahr für Deutschland, betonte Launert am Ende ihrer Rede.

BERICHT AUS BERLIN

Landesgruppenfahrt nach Schweden

Stockholm. Mitte April reiste die CSU-Landesgruppe in die schwedische Hauptstadt Stockholm. In den drei Tagen blieb aber keine Zeit für Sightseeing, stattdessen gab es ein straffes Programm, bei dem sich die CSU-Bundstagsabgeordnete mit verschiedenen Menschen trafen. Neben Vertretern der deutsch-schwedischen Gemeinschaft und Dr. Joachim Bertele, dem deutschen Botschafter in Schweden war auch der Präsident des schwedischen Parlaments Andreas Norlén, der Premierminister Ulf Kristersson, der oppositionelle Bürgermeister Stockholms Christofer Fjellner, der Minister für Zivilverteidigung Carl-Oskar Bohlin und die Ministerin für Migration Maria Malmer Stenergard dabei. Als Innen-Politikerin fand Dr. Silke Launert den Austausch mit Maria Malmer Stenergard besonders interessant und wichtig. Schweden ist es durch konsequente Maßnahmen gelungen die Migrationszahlen deutlich zu senken. Dieses Vorgehen sollte ein Vorbild für Deutschland sein, lobt Frau Dr. Launert: „Wir müssen von Schweden lernen, die uns bei den Migrationserfahrungen 10-15 Jahre voraus sind! Aufgrund einer sehr großzügigen Migrationspolitik in den Jahren 2005-2025 sind diese bereits 2025 auf die Bremse getreten.“ Aber auch andere wichtige Themen wurden besprochen und diskutiert. Beispielsweise der Eintritt Schwedens in die Nato, dieser war eine Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und verschafft Deutschland einen Verbündeten an der Ostsee.



Ein weiterer zentraler Termin war der Empfang bei Königin Silvia von Schweden. Diese beeindruckte Frau Dr. Launert einerseits mit ihrer herzlichen und freundlichen Ausstrahlung aber auch mit ihrer auffallenden Disziplin. Die Herzensthemen der Königin sind zum einen eine Verbesserung der Rahmenbedingungen von Menschen mit Demenz aber auch die Bekämpfung von Kindesmissbrauch. Ein Thema mit dem auch Frau Dr. Launert schon viel Kontakt hatte, zuerst als Staatsanwältin und später aber auch in der Gesetzgebung, in ihren ersten Jahren im Bundestag.



Schweden ist ein unverzichtbarer Partner Deutschlands sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik. Die Termine und Gespräche waren für alle Beteiligten interessant und anregend. Ein stetiger Austausch zwischen Deutschland und anderen Ländern erlaubt zum einen aus Fehlern dieser Länder zu lernen aber auch erfolgreiche Regelungen und Gesetze zu übernehmen und die Politik Deutschlands zu verbessern. Frau Dr. Launert konnte aus diesen drei Tagen viel mitnehmen.

BERICHT AUS BERLIN

Dr. Silke Launert live bei Twitch



Berlin. In letzter Zeit sahen sich politisch Engagierte und Mandatsträger verstärkt Angriffen ausgesetzt. CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert äußerte sich im neuen ARD-Format auf der Streaming-Plattform Twitch zu diesem Thema. Dieses Format, welches sich insbesondere durch seine Interaktivität auszeichnet, bietet vor allem jüngeren Zuschauern die Möglichkeit durch Kommentare aktiv an der Diskussion teilzunehmen.

Dr. Silke Launert betonte in dem Gespräch, dass die Anzahl der Angriffe gegen politisch aktive Personen deutlich angestiegen sei. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 60.028 politische Straftaten erfasst. In den vergangenen zehn Jahren ist die politisch motivierte Kriminalität um 83,6 Prozent gestiegen. Eine deutliche Zunahme lässt sich dabei vor allem verzeichnen, wenn es um Straftaten gegen Abgeordnete und Mandatsträger geht. Laut Statistik waren es 2710 Fälle im vergangenen Jahr – 53 Prozent mehr als 2022. Sie warnte zudem davor, dass solche Angriffe nicht nur die betroffenen Personen abschrecken könnten, ihre Meinung zu äußern und Wahlkampf zu machen, sondern eine Gefahr für die Demokratie insgesamt darstellen. Gleichzeitig bedeutet Meinungsfreiheit in einer Demokratie aber auch, Meinungen zu tolerieren, die einem nicht gefallen. Diese finden ihre Grenzen jedoch im Strafrecht: Beleidigungen, körperliche Angriffe und Nötigungen dürfen nicht zugelassen werden und sollten konsequent zur Anzeige gebracht werden. Nur ein schnelles Eingreifen und deutliche „Warnschüsse“ könnten Wiederholungstäter hindern. Sie erklärte weiter, dass die zunehmende Gewaltbereitschaft in der politischen Diskussion besorgniserregend sei. Die Politik müsse Wege finden, dem entgegenzutreten, um die Grundlagen der demokratischen Kultur schützen und erhalten zu können.

Bayreuther Schulklasse zu Besuch in Berlin



Berlin. Mitte April stattete die 11. Klasse des Christian-Ernestinum Gymnasiums aus Bayreuth ihrer Bundestagsabgeordneten Dr. Silke Launert einen Besuch in Berlin ab. Eine Stunde lang nahm sich die Abgeordnete Zeit, um die Fragen der Schüler zu beantworten. Diese reichten von ihrem persönlichen Karriereweg bis hin zu ihrer politischen Meinung zum Wahlalter ab 16 Jahren. Sehr freute sich Dr. Silke Launert zudem über die Frage, ob bei ihr im Bundestagsbüro auch ein Praktikum absolviert werden kann. „Natürlich, sehr gerne. Dafür könnt ihr euch jederzeit an mein Büro wenden“, entgegnete sie. Sie freute sich, wenn junge Menschen daran interessiert seien, einen Einblick in den parlamentarischen Ablauf im Deutschen Bundestag zu gewinnen.

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Besuch des Brigittenheim in Pegnitz: Die Politik muss dafür sorgen, dass sich Arbeit lohnt

Pegnitz. Gemeinsam mit CSU-Generalsekretär Martin Huber, Franc Dierl, MdL und Vertretern der CSU Pegnitz besuchte die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert das Brigittenheim in Pegnitz, um von Heimleiterin Roswitha Schecklmann einen Einblick in die aktuelle Situation des Altersheims zu bekommen. Das Brigittenheim kann aktuell aufgrund enormen Personalmangels nur noch in sehr begrenztem Maß neue Bewohner aufnehmen, obwohl grundsätzlich die räumlichen Kapazitäten noch nicht ausgereizt sind.



Die Heimleiterin bemängelte, dass die Bundesregierung durch das aktuelle Bürgergeld weniger Anreize zum Arbeiten setzt. Zudem werden die bürokratischen Anforderungen an Heimbetreiber immer mehr. Sie erwartet von der Politik, dass diese sich dem Problem annimmt und endlich wieder Menschen bevorzugt, wenn diese harter Arbeit nachgehen. Die anwesenden Politiker zeigten Verständnis für die schwierige Situation der Heimleitung und versprachen, sich für die Forderungen von Frau Schecklmann einzusetzen.

Mehr Flexibilität und ein klares Bekenntnis zur Landwirtschaft: 3. Hollfelder Bauerntag



Hollfeld. Der Bayerische Bauernverband lud, vertreten durch seinen Kreisobmann, Karl Lappe, zum 3. Hollfelder Bauerntag ein. Zunächst trafen sich Dr. Silke Launert, MdB; Staatssekretär Martin Schöffel, MdL; die bayerische Bio-Königin Raphaela Lex, Franc Dierl, MdL; Bürgermeister Hartmut Stern und weitere Vertreter der Stadt Hollfeld im Rathaus, wo sich Martin Schöffel und Raphaela Lex in das Goldene Buch der Stadt Hollfeld eintragen durften. Im Anschluss fand der 3. Hollfelder Bauerntag in der Halle von CLAAS Nordostbayern statt. In ihrem Grußwort stellten die Festredner Martin Schöffel und Monika Hohlmeier, MdEP klar, dass den Problemen der Zukunft nur zusammen mit einer starken regionalen Landwirtschaft begegnet werden kann. Die Politik dürfe deshalb nicht gegen die Landwirte, sondern müsse mit ihnen arbeiten. „Wir brauchen eine klare Haltung, was das Thema Leistungsbereitschaft angeht! Außerdem muss die Politik ein klares Bekenntnis zu den Landwirten abgeben und diesen auch die Flexibilität einräumen, welche sie für ihre Arbeit brauchen.“ so der Staatssekretär für Finanzen. Die Europaabgeordnete ergänzte „Die Grünen würden am liebsten alles aus Berlin oder Brüssel regeln. Aber die Landwirte kennen sich doch selber viel besser aus!“

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Gemeindebesuch in Kirchenpingarten

Kirchenpingarten. Die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert und ihr Kollege aus dem Landtag, Franc Dierl, trafen sich mit dem Bürgermeister von Kirchenpingarten, Markus Brauner, und weiteren Vertretern der Gemeinde, um sich über die aktuelle Situation vor Ort zu informieren. Auf der Tagesordnung stand vor allem die finanzielle Notlage der Gemeinde, welche aus einem Problem der RZWas-Förderung und der Stabilisierungshilfe resultiert. Zudem berichtete der Bürgermeister vom Neubau der KiTa, den hiermit verbunden Kostensteigerungen und dem aktuellen Stand bei der Vergabe des Neubaugebietes. Die Abgeordneten versicherten, sich um das Förderproblem zu kümmern und eine möglichst praktikable Lösung für die Gemeinde zu finden. Zum Abschluss besichtigte die Abgeordnete noch gemeinsam mit Herrn Brauner die neue KiTa.



Bericht aus Berlin und München



Speichersdorf. Die Abgeordneten Dr. Silke Launert, MdB und Franc Dierl, MdL luden zu einem gemeinsamen Infoabend in das Dorfgemeinschaftshaus in Plösen ein.

Franc Dierl berichtete über seine ersten Monate im Bayerischen Landtag, seine Arbeit im Umwelt- sowie im Kulturausschuss und über aktuelle Vorgänge im Kreistag. Hierbei ging er speziell auf die angespannte Haushaltssituation im Landkreis Bayreuth ein, weshalb der Landkreis das RIZ so nicht mittragen könne.

Dr. Launert berichtete von dem weiterhin schlechten Heizungsgesetz, der Haushaltspolitik der Bundesregierung und den Problemen bei Flucht und Migration. Die Abgeordneten diskutierten mehrere Stunden mit den anwesenden Gästen.



BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Besuch der Klinik Hohe Warte in der Abteilung von Klinikdirektor PD Dr. Abel

Bayreuth. Dr. Abel begann seine Arbeit an der Klinik vor 19 Jahren. Er ist Klinikdirektor der Klinik für Orthopädie und Klinik für Querschnittgelähmte.

Die Klinik für Querschnittgelähmte verfügt über 78 Betten und fungiert als Zentrum zur Behandlung von Rückenmarkschäden (Querschnittzentrum) in Nordbayern.

Während des Besuchs in der Klinik Hohe Warte wurden verschiedene Diskussionen geführt. Unter anderem war die Herausforderung in Bezug auf die Personalsituation Thema. Ein besonderes Personalproblem ist der Mangel an Pflegekräften. Phasenweise waren bis zu 17 Stellen unbesetzt. Erfreulicherweise konnte hier deutlich Abhilfe geschaffen werden. Trotzdem stellt die angemessene Versorgung der Patienten eine Herausforderung dar.



Die Hohe Warte wurde vor dem zweiten Weltkrieg mit einem Schwerpunkt in der Geburtshilfe und Gynäkologie geplant, aufgrund des Krieges jedoch nie so genutzt. Nach einer Nutzung als Lazarett wurde die Klinik als erstes Deutsches Zentrum für Rückenmarksverletzte umgewandelt und ist nun eines der beiden Zentren in Bayern, die umfassende Versorgung von Rückenmarkverletzten anbieten. Dies bringt einen Bedarf an spezialisierten Pflegekräften mit sich.

Neben der Behindertenmedizin, die nach wie vor ein Schwerpunkt der Klinik ist, werden in der Klinik für Orthopädie alle Bereiche der modernen konservativen und operativen Orthopädie mit dem Fußzentrum, Endoprothetikzentrum, der Rheumatologie und der Schmerztagesklinik umfassend angeboten. Die Langzeitversorgung von Menschen mit Behinderung ist auch ambulant ein wichtiger Bereich.

Die Klinik für Neurologie ist ein weiterer Schwerpunkt der Hohen Warte, sowie die Urologie und Neurochirurgie. Auch hier besteht ein Mangel an Pflegekräften. Es wird geschätzt, dass in der Hohen Warte 2023 ein Umsatzverlust von 3-5 Millionen Euro aufgrund des Pflegemangels entstanden ist, insbesondere im Bereich der Spezialpflege für Rückenmarksverletzte. Erfolgreiche Absprachen zwischen Betriebsrat und Klinikleitung konnten Einkommensverbesserungen für diese spezialisierten Mitarbeiter sichern. Dr. Abel ist überzeugt von der wirtschaftlichen Entwicklung der Klinik. Er war maßgeblich beteiligt an der Entscheidung für den Ausbau der Klinik und ist besonders stolz auf die Einrichtung des Therapiegebäudes, das auch ein Therapieschwimmbecken beinhaltet. Insbesondere Patienten mit Spastiken profitieren davon. Trotz aller Herausforderungen wird die Klinik Hohe Warte als Einrichtung mit großem Potenzial angesehen, und es wird diskutiert, wie sie verbessert und ausgebaut werden kann.

Danke an Dr. Abel für den gewinnbringenden Einblick, die sehr informative Führung durch die Klinik und vor allem die herzliche Begrüßung.



BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

FU-Hummelgau: 20 Jahre voller Einsatz für die FU



Mistelbach. Die Frauen Union Hummelgau lud zu ihrer Jahreshauptversammlung mit Ehrung langjähriger Mitglieder in das Gasthaus Grossmann nach Mistelbach ein. Neben der Bundestagsabgeordneten Dr. Silke Launert waren auch die neue FU-Kreisvorsitzende Annika Schreier und viele Mitglieder der Einladung gefolgt. Im Zentrum der Jahreshauptversammlung stand die Ehrung langjähriger Mitglieder. Auch die Ortsvorsitzende, Sabine Habla, selbst wurde für ihre 20-jährige Mitgliedschaft geehrt. „Sabine ist schon seit vielen Jahren eine Stütze für die FU hier in der Region. Sie kämpft mit Leidenschaft und Engagement für die Belange der Frauen und das nicht nur im Ortsverband sondern auf allen Ebenen. So war sie lange Zeit die Vorsitzende des Bayreuther Kreuzverbandes und hat diesen stark geprägt“, so Launert. Zum Abschluss diskutierte die Abgeordnete mit den anwesenden Mitgliedern über die aktuelle politische Situation in Berlin.

Besuch in Coburg: Vortrag zum Cannabisgesetz

Coburg. In ihrer Funktion als Bezirksvorsitzende der Frauenunion Oberfranken besuchte die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert das oberfränkische Coburg. Anlass war die Einladung des FU-Kreisverbandes Coburg-Stadt und des Ortsverbandes der CSU Coburg-Mitte, gemeinsam mit Andrea Titz, Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, einen Vortrag zum Thema „Aktuelles aus der Justiz“ zu gestalten.

Andrea Titz konnte den Anwesenden einen besonderen Einblick in ihre Arbeit als Pressesprecherin des Landgerichts München bieten. Die Richterin hatte an einigen, in der Öffentlichkeit äußerst bekannten Fällen, wie dem NSU-Prozess und dem Verfahren gegen Uli Höneß mitgearbeitet.

Silke Launert ergänzte diesen Vortrag als Richterin und Bundestagsabgeordnete durch Ausführungen über das am Vortag beschlossene Cannabisgesetz (CanG) und dessen Auswirkungen auf die deutsche Justiz. In diesem Rahmen betonten sowohl die Abgeordnete und Richterin a.D., als auch Andrea Titz, dass besonders die im Gesetz enthaltene rückwirkende Amnestie eine immense Belastung für die Justiz darstellen wird. Abgerundet wurden die Vorträge durch interessante Fragen und Anregungen aus dem Publikum.

Pressemitteilung von Dr. Silke Launert unter: <https://silkelauert.de/cannabis-legalisierung-dr-silke-launert-regierung-nimmt-gesundheitliche-schaeden-bei-jugendlichen-in-kauf/>



BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Neue Kindertagesstätte „Die kleinen Altstadtwölfe“ in Bayreuth eröffnet

Bayreuth. Bayreuth erhielt eine neue Kindertagesstätte in der Innenstadt. Ende März eröffnete der FOKUS Kindergarten „Die kleinen Altstadtwölfe“ in der Rathenaustraße. Dabei ist die neue Kindertagesstätte nicht nur ein Ort der Betreuung, sondern auch ein Raum für Kreativität und Bildung. Dank des Einsatzes der jungen FOKUS-Leiter Manuel Becker und Dejan Cukaric sowie der Leiterin Elena Wagner sichern sie nicht nur weitere KiTa-Plätze in Bayreuth, sondern auch gute Betreuung für die Kleinsten in Bayreuth. Somit war die Eröffnung der Kindertagesstätte ein Meilenstein für die Stadt, was Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert bei ihrem Besuch betonte. Die Einrichtung trüge dazu bei, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.



Bayreuther Frühlingsfest feierlich eröffnet: Impressionen vom Anstich

Bayreuth. Vom 30. März bis zum 7. April 2024 fand wie jedes Jahr erneut das Bayreuther Frühlingsfest statt. Fahrgeschäfte, Essensstände und Biergarten sorgten fast eine Woche lang für unvergessliche Momente. Bei der Eröffnung der Veranstaltung waren auch Bayreuther Bürgermeister Thomas Ebersberger, Stefan Specht, CSU-Landtagsabgeordneter Franc Dierl, Andreas Zippel, Gudrun und Sven Sommerer, Mirko und Silke Matros sowie CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert anwesend. Von fröhlichen Gesichtern bis hin zu ausgelassenem Jubel – der Anstich markierte den Beginn des Festes. Ein besonderer Dank galt an diesem Tag vor allem Thorsten Fuchs für seine guten Fotos.



BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Besuch bei Familie Geck in Ebermannstadt



Ebermannstadt. Der Besuch im Bauzentrum Geck war äußerst informativ und bereichernd. Während des Besuchs mahnte der Chef des Unternehmens, Herr Bernhard Geck, die überbordende Bürokratie an, die oft effizientes Arbeiten behindern kann. Diese klare Haltung des Inhabers in Bezug auf bürokratische Prozesse zeugt von einem pragmatischen und zielorientierten Ansatz im Unternehmen.

Des Weiteren führte uns der Seniorchef persönlich durch das weitläufige Firmengelände, wobei er die verschiedenen Abteilungen sowie die Lager- und Produktionsstätten präsentierte. Es war beeindruckend zu sehen, wie gut organisiert und strukturiert alles war. Alfred Geck hat das Unternehmen aufgebaut und vor einigen Jahren an seinen Sohn und seine Tochter übergeben. Mit seinen 88 Jahren ist er immer noch täglich im Bauzentrum anzutreffen.

Zum Abschluss bedankten sich das Team und die Geschäftsführer herzlich für unseren Besuch und betonten die Wichtigkeit von solchen Austausch- und Informationsmöglichkeiten. Insgesamt war der Tag im Bauzentrum Geck eine lohnenswerte Erfahrung, die Einblicke in die Arbeitsweise und Unternehmenskultur des Betriebs gewährte.

Jahresempfang der CSU Creußen

Creußen. „Die drei Musketiere für die Region“: So beschrieb Matthias Straub, Listenkandidat für die Europawahl die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, den Landtagsabgeordneten Franc Dierl und den Staatssekretär für Finanzen und Heimat während seines Grußwortes beim Jahresempfang der CSU Creußen. Nach Hauptredner Schöffel, der einen spannenden Einblick in seinen neuen Aufgabenbereich geben konnte, freute sich auch die Abgeordnete Launert, vor dem, wie sie betonte, aktiven Ortsverband aus dem Bundestag berichten zu dürfen. Besonders gerne übergab Launert gemeinsam mit der Vorsitzenden Elke Sendelbeck die Ehrenurkunden für 30- und 40-jährige Mitgliedschaft in der CSU. Ein so langjähriges Engagement hat größten Respekt verdient.



BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Engagiert für Europa: Frauenfrühstück der FU Bayreuth-Stadt mit Monika Hohmeier



Bayreuth. Die Frauenunion Bayreuth-Stadt lud ihre Mitglieder und einige Ehrengäste zum gemeinsamen Frühstück in das Café Florian ein. Neben der Kandidatin für das europäische Parlament Monika Hohlmeier und der Bundestagsabgeordneten Silke Launert, konnte die Vorsitzende Sabina Kerner auch die rumänische Generalkonsulin Miheia-Mălina Diclescu-Blebea begrüßen. Im Zentrum des Frühstücks stand der Bericht von Monika Hohlmeier über die europäische Politik. Die Abgeordnete machte deutlich, dass es für die zukünftige Arbeit im Europäischen Parlament von enormer Bedeutung ist, dass die EVP wieder eine deutlich stärkere Stimme hat.

Im Anschluss an das Frühstück besuchten die beiden Abgeordneten die „Frau Müller: echt feines Zeug“ und die Bayreuther Stadtmission. Bei diesen Besuchen konnten sie sich einen Eindruck für die Belange der Bayreuther Gastronomie verschaffen und sich über die ehrenamtliche Arbeit der Stadtmission informieren. Dr. Launert äußerte sich hierzu folgendermaßen: „Ich bin froh über das ehrenamtliche Engagement, welches hier in der Stadtmission geleistet wird. Hier wird Menschen Hilfe und eine Perspektive angeboten. Der Staat alleine kann nicht für alle sozialen Belange einspringen, deshalb unterstütze ich solche Projekte sehr gerne!“

Starkes Oberfranken in Europa



Hochstadt. Der diesjährige Bezirksparteitag der CSU Oberfranken fand in Hochstadt am Main im Landkreis Lichtenfels statt. Neben zahlreichen Abgeordneten aus Bundes- und Landtag und vieler Kommunalpolitiker waren auch EVP-Spitzenkandidat Manfred Weber und CSU-Generalsekretär Martin Huber der Einladung des Vorsitzenden Hans-Peter Friedrich gefolgt. Im Zentrum des Parteitags stand dieses Jahr die anstehende Europawahl. So wurde nicht nur die oberfränkische Spitzenkandidatin Monika Hohlmeier vorgestellt, sondern auch die vier weiteren jungen Listenkandidaten Annamarie Bauer, Markus Oesterlein, Matthias Straub und Markus Krebs. Die CSU Oberfranken startet somit mit einem starken Team aus Erfahrung und neuen Ideen in den Europawahlkampf.

Mehr zum Europa-Wahlprogramm unter: https://www.csu.de/common/download/CSU_DIREKT_Bayern-Agenda_EU.pdf und https://www.csu.de/common/download/Unsere_Bayern-Agenda_fuer_Europa.pdf



@silkelauert



@launertsilke



www.silke-lauert.de

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Kinderfest in Ebermannstadt

Ebermannstadt. „Ich fühle mich geehrt, als Schirmherrin ausgewählt worden zu sein“, freute sich die Bundestagsabgeordnete Silke Launert.

Zig Krankenhausaufenthalte, Operationen, Ungewissheit hat Katrin Pöhlmann, die Initiatorin des Kinderfestes in Ebermannstadt, aufgrund ihrer schweren Herzerkrankung bereits im Kindesalter hinter sich bringen musste.

„Katrin hat sich entschieden, nicht an der schlimmen Diagnose zu verzweifeln, sondern zu leben und sich für andere zu engagieren“, bewunderte die Schirmherrin in ihrer Rede zur Eröffnung des Festes. Doch es bleibt nicht bei dem Kinderfest: Katrin Pöhlmann hat sich zum Ziel gesetzt, in fünf Tagen gemeinsam mit ihrem Hund von Ebermannstadt zu ihrem Elternhaus nahe Schweinfurt zu laufen. Alle Spenden hierfür kommen erkrankten Kindern zugute.

Eines dieser Kindern ist Lenni, der als Frühchen geboren wurde und bis heute nicht laufen kann. Die Spenden sollen beitragen ihm dies durch eine spezielle Therapie zu ermöglichen. Und auch an viele andere Betroffene soll gedacht werden.

Die Aktion kann einen starken Rückhalt bei den Menschen in der Region vorweisen. So trugen die Metzgerei Schatz, der integrative Kindergarten, der TSV, der Kinderschutzbund, das Bauunternehmen Geck und viele anderen zur Vorbereitung und Durchführung bei.

„Der ganze Ort steht dafür, dass keiner zurückgelassen, sondern alle mitgenommen werden“, betonte Launert, „das ist wirklich besonders“.



100-jähriges Jubiläum der AWO



Bayreuth. „Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit“: Seit 100 Jahren leiten diese Werte die AWO (Arbeiterwohlfahrt). Bei der Jubiläumsfeier konnte die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert hierzu gratulieren. Die Werte, die aus einer anderen Zeit stammen, haben bis heute nicht an Bedeutung verloren“, so Launert, „im Gegenteil, sie sind wichtiger denn je“.

Umso schöner ist es, dass es nicht nur Worte sind, sondern von den vielen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeitern in Taten umgesetzt werden, gelebt werden.

„Ich freue mich, mit Ihnen allen feiern zu dürfen. Auf mindestens 100 weitere erfolgreiche Jahre!“ gratulierte die Bundestagsabgeordnete der Vorstandin Marion Tost und ihrem Team zum Abschluss.



BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Jährliche Tradition: Ostereiersuche der CSU-Bayreuth Stadt



Bayreuth. Wie jedes Jahr fand auch dieses Mal die bekannte Ostereiersuche in Bayreuth statt. Die CSU-Bayreuth Stadt lud alle Kinder und Familien zur Ostereiersuche am Ostersonntag in die Wilhelminenaue ein. Mit mehr als 300 Teilnehmern war dies eine sehr große und vor allem sehr freudige Veranstaltung. Die Kinder stürmten um Punkt 11 Uhr die große Wiese im Bereich des Kulturkiosks und sammelten eine Stunde lang fleißig Eier, welche zuvor vom Osterhasen versteckt wurden. Am Ende waren die Körbchen von manchen bis oben hin voll und Kindergesichter strahlten. So war dies ein gelungener Start in das Osterfest und in das verlängerte Wochenende. Auch Bundestagsabgeordnete wünschte allen Teilnehmern Frohe Ostern und schöne Feiertage im Kreis der Liebsten!

30. Bayreuther Osterfestival

Bayreuth. „Wirklich schöne Stücke im wunderschönen Ambiente des Opernhauses“, kommentierte die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert das „Festival Brass“ der Internationalen Jungen Orchesterakademie.

Als Freundin und Unterstützerin des Bayreuther Osterfestivals freute sich Launert, das letzte der drei Konzerte im Bayreuther Opernhaus erleben zu können. Die Stücke luden die Gäste zu einer musikalischen Reise durch Raum und Zeit ein und wurden von den 13 talentierten Musikern aus verschiedenen Ländern beeindruckend vorgetragen.

„Schön, dass das Opernhaus durch so ein tolles Konzert mit Leben gefüllt wurde!“, freute sich die Abgeordnete.



BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Maibaumaufstellen bei Landjugend Stockau-Lehen



Lehen. „Unsere Traditionen, unsere Wurzeln sind es, die uns auch bei Herausforderungen Halt geben!“, betonte die Bundestagsabgeordnete Silke Launert bei der 69. Maifeier der Landjugend Stockau-Lehen. Ganz von Hand wird der Maibaum dort Jahr für Jahr mit großer Feier aufgestellt.

Die vielen Helfer, Unterstützer und Besucher demonstrierten, dass viel Wert auf Tradition gelegt wird, eine Tradition bei der das gemeinsame „Anpacken“, im Team arbeiten im Mittelpunkt steht.

Auch sonst sei die Landjugend einer der Vereine, die Gemeinschaft leben, wo sich gerade junge Menschen begegnen können, wo Zusammenhalt und Engagement selbstverständlich sind, lobte die Abgeordnete. Das steigere die Attraktivität des Landlebens enorm, für alle Generationen, so auch der Vorsitzende der Landjugend Stockau-Lehen Max Berger.

Launert würdigte als Festrednerin besonders, dass so viele junge Menschen sich sowohl am Maibaumaufstellen, aber auch an vielen Aktionen über das ganze Jahr, aktiv beteiligen, denn „die eigenen Werte zu bewahren und modern zu sein- das müssen eben keine Gegensätze sein“.

Einweihung des Kindergartens mit Hort und Kinderkrippe „Storchenwiese“ in Schnabelwaid



Schnabelwaid. Anfang Mai fand die Einweihungsfeier des neuen Kindergartens mit Hort und Kinderkrippe „Storchenwiese“ in Schnabelwaid statt. Die offizielle Veranstaltung begann mit einer kurzen Begrüßung und verschiedenen Grußworten der Gäste. Mit dabei waren auch Bürgermeister Hans-Walter Hofmann und Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert. Sie lobte in ihrer kurzen Rede insbesondere die Arbeit des Personals und der Mitarbeiter unter der Leitung von Carola Brenner: „Es ist eine große Verantwortung, welche die Erzieherinnen und Erzieher in unseren Einrichtungen jeden Tag tragen. Kinder betreuen, Kinder wickeln, vorlesen, trösten, Streit schlichten und – was vielen gar nicht bewusst ist – auch viel Büroarbeit erledigen – all das gehört zum Alltag einer Erzieherin und eines Erziehers.“ Kindertagesstätten seien ein wichtiger Ort für die Entwicklung der Kinder. Hier lernen sie erste Freunde kennen und stellen sich den ersten Herausforderungen im Leben. Sie dankte den Erzieherinnen und Erziehern für ihre wichtige Arbeit.



@silkelauert



@launertsilke



www.silke-launert.de

BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Bayreuth bekommt neues Stadtarchiv: Einweihungsfeier beim Richtfest

Berlin. 20,3 Millionen Euro kostet der Neubau für das Bayreuther Stadtarchiv. Die Oberfrankenstiftung, der Kulturfonds Bayern und das Bund-/Länder-Städtebauförderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ unterstützen den Bau des Bayreuther Stadtarchivs mit insgesamt 3,8 Millionen Euro finanziellen Mitteln. Im März 2025 soll es fertiggestellt werden und das Stadtarchiv zieht dann vom jetzigen Standort neben der Spitalkirche in den Neubau bei der Leers'schen Villa ein. In der Villa sollen dann Verwaltungsbüros sowie Arbeits- und Besprechungsräume untergebracht werden. Dafür wird neben dem Rohbau zudem die Villa saniert. Somit wird das neue Stadtarchiv eine Nutzfläche von insgesamt 2.700 Quadratmetern aufweisen. Bereits seit mehreren Jahren gibt es Pläne für das Projekt. Nachdem 2022 der Stadtrat dem Bau zustimmte, konnte mit dem Bau begonnen werden. Nun fand ein Jahr nach der Grundsteinlegung das Richtfest im Mai statt. Bei der Veranstaltung waren Bayreuther Oberbürgermeister Thomas Ebersberger, Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert und der Vizepräsident der Regierung von Oberfranken Thomas Engel anwesend. Alle drei betonten die Bedeutsamkeit des Neubaus für die Stadt. „Zitat“



Markus Trebes geht, Armin Schmelzer kommt

Bayreuth. Im Mai stand der Wechsel des Präsidenten des Polizeipräsidiums Oberfranken an. Auf Einladung des Innenministers Joachim Hermann versammelten sich zahlreiche Gäste wie Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert und Landtagsabgeordneter Franc Dierl im Großen Saal des Evangelischen Zentrums in Bayreuth. Der bisherige Polizeipräsident Markus Trebes wurde unter lautem Applaus von seinem Amt verabschiedet. An seine Stelle rückt nun Armin Schmelzer nach. „Vielen Dank lieber Markus Trebes für deinen Einsatz in den letzten Jahren!“, dankte Dr. Silke Launert. „Und Alles Gute für Armin Schmelzer als Nachfolger und Ulrich Rothdäuscher im neuen Amt als Polizeivizepräsident.“



BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Zu Besuch im Kindergarten „St. Otto“ in Hollfeld



Hollfeld. Der Fachkräftemangel zeigt sich insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung in Kindergärten, Krippen und in Horts. Daher stattete Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert dem Kindergarten „St. Otto“ in Hollfeld einen Besuch ab. Nach einer kleinen Begrüßungsaufführung der Kinder unter dem Motto „Vogelhochzeit“ sprach sie gemeinsam mit dem Personal vor Ort über die derzeitigen Probleme. Dabei wurde wieder einmal deutlich unter welcher Belastung Erzieherinnen und Erzieher aktuell stehen.

Neben dem Personalmangel plage die Kindergärten zudem auch der hohe Krankenstand. Dabei haben Kitas eine so große Bedeutung für die vorschulische Förderung und die Entwicklung der Kinder. Es brauche mehr Wertschätzung für die tägliche Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher in Form von gesellschaftlicher Anerkennung und besserer Bezahlung. „Ich habe den Vormittag bewundernd verbracht und werde die Anregungen mit nach Berlin nehmen. Danke für den inspirierenden Besuch bei euch“, erklärte Dr. Silke Launert abschließend.



125-jähriges Jubiläum der Freiwilligen Feuerwehr Kaltenthal

Kaltenthal/Pegnitz. Seit nunmehr 125 Jahren sind sie zur Stelle, wenn Hilfe benötigt wird. Seit 125 Jahren setzen sie sich ehrenamtlich für die Bürger und Bürgerinnen des Ortsteils Kaltenthal von Pegnitz ein. Täglich, rund um die Uhr, 365 Tage im Jahr können diese sich auf die Freiwillige Feuerwehr Kaltenthal verlassen. Kein Wunder, dass dies eine gute Möglichkeit war, um einmal wieder ausgiebig feiern zu dürfen. Dazu lud die Feuerwehr ihre Gäste Mitte Mai ein. Unter ihnen waren auch Bürgermeister Wolfgang Nierhoff, Landrat Florian Wiedemann und Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert. Ausgangspunkt der Feier war der ökumenische Gottesdienst mit anschließendem Weißwurstfrühstück.

Daraufhin folgten verschiedene Reden der Ehrengäste mit anschließendem Festumzug. Begleitet wurde das Ganze musikalisch von der Büchenbacher Blasmusik. „Herzlichen Glückwunsch zu 125 Jahre Freiwillige Feuerwehr Kaltenthal. Ein besonderer Dank gilt dem Vorsitzenden Marco Arnold und dem Kommandanten Alexander Arnold. Vielen Dank für euren Einsatz“, schwärmte Silke Launert.



BERICHT AUS BAYREUTH/FORCHHEIM

Whiskey-Tasting in Pretzfeld



Pretzfeld. Mitte Mai lud die Edelbrennerei Haas und Nikl Bräu zu einem gemeinsamen Whiskey-Tasting nach Pretzfeld ein. Insgesamt gab es dabei drei verschiedene Whiskeys zur Auswahl. Besonders hervorgehoben wurde vor allem der goldgelb, bernsteinfarbene „Dorfkirche“ Whiskey. Er erhielt seinen Namen durch seine 3-jährige Lagerung in der Pfarrkirche St. Kilian. Daher gibt es auch nur eine limitierte Auflage von 836 Flaschen. Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung durch die Wannbacher Dorf Musikanten und dem Sänger Stefan. Mit dabei war auch Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, welche von dem regionalen Produkt schwärmte: „Ich freue mich über den Einfallsreichtum von Herrn Haas und Herrn Schmitt!“

Berlin/Bayreuth. Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert informiert:

„Als Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages ist es mir eine besondere Freude, auf die Ausschreibung des Bundesförderprogramms **KulturInvest 2024** aufmerksam zu machen.

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat im Bundeshaushalt 2024 Mittel für investive Kulturmaßnahmen im Inland bereitgestellt. Ziel dieser Förderung ist es, investive Maßnahmen wie Modernisierung, Sanierung, Restaurierung, Um- oder Neubau bei kulturellen Einrichtungen, Objekten und Kulturdenkmälern sowie Ausstellungen von gesamtstaatlicher Relevanz zu unterstützen. Das jeweilige Vorhaben muss darauf ausgerichtet sein, die Kultur für eine breite Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Gefördert werden sollen grundsätzlich Vorhaben mit einem Bundesanteil von mindestens 500.000 Euro bis maximal 20 Millionen Euro. Mögliche Finanzierungsbeteiligungen des Bundes betragen insgesamt grundsätzlich bis zu 50 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben.

Im Hinblick auf eine etwaige Förderung sind zunächst hinreichend konkrete Projektangaben im Rahmen einer Interessensbekundung bei der **Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM)** mittels Online-Abfrage zu machen.

Interessierte können die entsprechenden Projektangaben über folgende Website einreichen:

<https://survey.bmi.bund.de/index.php/548396?lang=de>

Bitte beachten Sie, dass die Einreichungsfrist des Interessebekundungsverfahrens am **Freitag, den 14. Juni 2024**, endet.“

Impressum:



Bundestagsbüro
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
silke.launert@bundestag.de
T.: 030/227 79345

Wahlkreisbüro Bayreuth
Eduard-Bayerlein-Str. 5, 95445 Bayreuth
silke.launert.ma02@bundestag.de
T.: 0921/76430 21